



Protokoll

Jugendhilfeausschuss | Sitzung
15. Oktober 2025, 16:30 Uhr bis 19:05 Uhr
öffentlich | nicht öffentlich
Rathaus am Marktplatz, Großer Sitzungssaal
Vorsitzende: Bürgermeisterin Yvette Melchien
Protokollführerin: Carmen Edler

Teilnehmende siehe Anwesenheitsliste

Anwesende Mitglieder: 34
Abwesende Mitglieder: 2

Vor Einstieg in die Tagesordnung verpflichtet **die Vorsitzende** Herrn Tobias Petersmann (GKK), Herrn Peer Giemsch (Pro-Liberis gGmbH/Lenitas gGmbH) und Herrn Volker Deck (Katholische Gesamtkirchengemeinde).

Öffentlicher Teil:

Die Vorsitzende begrüßt die Anwesenden im Bürgersaal.

TOP 1 Neukonzeption der Schulkindbetreuung zum Schuljahr 2026/27 in Verbindung mit dem Ganztagsförderungsgesetz (GaFöG): Das Schulkind- Bildungs- und Betreuungssystem (SKiBB)
- Vorlage -

Die Vorsitzende begrüßt Herrn Allgaier (SuS).

Frau Wagner (SuS) führt in den TOP ein. Der Gemeinderat hat am 29. Juli 2025 die Neukonzeption bereits beschlossen, der Jugendhilfeausschuss nimmt die Vorlage zur Kenntnis.

Die Vorsitzende: Die Beratung über die weitere Vorgehensweise sowie die Umsetzung der Neukonzeption erfolgt zuständigkeitsgemäß in der nächsten Schulausschusssitzung.

Frau Stadträtin Dr. Sardarabady (GRÜNE): Für die Neukonzeption der Schulkindbetreuung zum Schuljahr 2026/27 in Verbindung mit dem Ganztagsförderungsgesetz war die ungeklärte Finanzierung durch das Land Baden-Württemberg eine große Herausforderung. Mittlerweile ist die Landesförderung für die Umsetzung des Ganztagsförderungsgesetzes bekannt und das Land wird künftig 68 % der kalkulierten Betriebskosten der Ganztagesbetreuung übernehmen. Welche Auswirkungen hat diese Finanzierungszusage konkret für die kommunale Finanzierung bei der Stadt Karlsruhe? Kann aufgrund der Förderzusagen des Landes die im Doppelhaushalt 2026/2027 vorgesehene Streichung der ergänzenden Betreuung abgemildert oder vermieden werden? Diese Frage kann auch in der nächsten Schulausschusssitzung Beantwortung finden.

Herr Stadtrat Bunk-Merkel (CDU): Die CDU-Fraktion begrüßt die Zusage des Herrn Oberbürgermeisters Dr. Mentrup, dass über eine mögliche Auflösung jedes Hortes einzeln im Gemeinderat entschieden wird.

Frau Stadträtin Döring (KAL): Gibt es Informationen, dass der Hort in der Haid- und Neustraße bereits jetzt geschlossen werden soll?

Herr Balter (Jüdischer Wohlfahrtsverband Karlsruhe e. V.) betritt den Sitzungssaal.

Frau Langeneckert (SJB): Bei der Einrichtung in der Haid- und Neustraße handelt es sich um eine Kita, die auch Schulkinder betreut. Weitere Informationen gibt es im nichtöffentlichen Teil der Sitzung.

Beschluss: Der Jugendhilfeausschuss nimmt Kenntnis.

TOP 2 Haushaltssichernde Maßnahme: Stufenweise Reduzierung des Geschwisterkinderzuschusses
- Vorlage -

Die Vorsitzende führt in den TOP ein.

Herr Stadtrat Bauer (GRÜNE): Die GRÜNE-Fraktion begrüßt, dass ab 1. September 2027 die schon lange gewünschte Ausweitung der einkommensbezogenen Beitragsstaffelung vorgesehen ist. Es wäre jedoch sinnvoll, diese schon zu einem früheren Zeitpunkt einzuführen, um die Kostensteigerungen bei den bedürftigen Familien aufzufangen. Die Kommunikation und damit die Transparenz der Kostenveränderungen muss verbessert werden, um den Eltern aufzuzeigen, dass die Belastung möglicherweise geringer ausfällt, als befürchtet. Die Anträge für die Wirtschaftliche Jugendhilfe sollten besser erläutert und in Kitas ausgelegt werden. Die Einkommensgrenzen sollten nicht nur mit einer Variante, sondern mit verschiedenen Varianten für die Eltern beschrieben werden.

Herr Stadtrat Bunk-Merkel (CDU) schließt sich Herrn Stadtrat Bauer (GRÜNE) an, dass auch der Bereich der Kinderbetreuung einen Beitrag zur Haushaltskonsolidierung leisten muss. Die CDU-Fraktion möchte den Beschluss nicht den Haushaltsberatungen und dem Bürgerdialog im November 2025 vorwegnehmen. Es wird um Splittung des Beschlusses der Vorlage gebeten. Die Reduzierung des Geschwisterkinderzuschusses und die Beitragserhöhung, die zum 1. Januar 2026 greifen soll, wird in der Gemeinderatssitzung am 21. Oktober 2025 zur Beschlussfassung gestellt. Die weiteren Veränderungen zum 1. September 2026 und 1. September 2027 sollen bei den Haushaltsberatungen aufgenommen werden.

Herr Stadtrat Kalmbach (FÜR): Ein Vorschlag ist, ab 1. Januar 2026 den Geschwisterkinderzuschuss um 50 % für die nächsten zwei Jahre zu reduzieren. Eine Abschaffung des Geschwisterkinderzuschusses ist dann nicht erforderlich und die gleiche Einsparsumme könnte erzielt werden; ein Änderungsantrag für die Gemeinderatssitzung folgt.

Frau Stadträtin Döring (KAL) schließt sich Herrn Stadtrat Bauer (GRÜNE) an, dass mehr Informationen an die Elternschaft zur Ausgestaltung der schrittweisen Erhöhung erforderlich sind. Der Vorschlag von Herrn Stadtrat Bunk-Merkel (CDU), zum 1. Januar 2026 den

ersten Schritt zu beschließen und erst zu den Haushaltsberatungen das weitere Vorgehen zu beraten, wird unterstützt.

Frau Stadträtin Kaufmann (DIE LINKE.): Die Vorlage findet erneut keine Zustimmung der LINKEN., da die Finanzlage der Stadt nicht den Familien zur Last gelegt werden kann.

Herr Stadtrat Schnell (AfD): Die AfD-Fraktion lehnt die Vorlage ab, da in anderen Bereichen Einsparmöglichkeiten gesehen werden. Wie realistisch sind die 1,1 Millionen Euro Mehrbelastung für die Wirtschaftliche Jugendhilfe einzuschätzen?

Herr Stadtrat Nguyen (Volt): Der Vorlage kann nicht zugestimmt werden. Es wäre für eine Entscheidung wichtig zu wissen, wie die Konstellationen in den einzelnen Familien sind.

Frau Stadträtin Schmid (SPD): Die Planbarkeit sowie Kommunikation sind für die Eltern extrem relevant. Der Vorschlag von Herrn Bunk-Merkel wird unterstützt.

Herr Deck (Kath. Kirche): In der Vorlage ist beschrieben, dass ab 1. September 2027 kein Geschwisterkinderzuschuss mehr besteht, aber weiterhin ein Zuschuss für die Erstkinder. Somit müssten ab 2028 die Erstkinder weniger bezahlen als die Geschwisterkinder, daher der Vorschlag den Zuschuss in „Kinderzuschuss“ umzubenennen.

Herr Petersmann (GKK): Die Belastung von 16 % Kostensteigerung in Anbetracht der erst im September erhöhten Beiträge für die Familien ist enorm. Ist es auszuschließen, dass im kommenden Doppelhaushalt die Beitragserhöhung auf 20 % erfolgt? Diese Staffelungsvorschläge der 4 K-Empfehlung werden in der Vorlage nicht angeführt. Die neue einkommensabhängige Beitragsregelung ab dem Kita-Jahr 2027/2028 beinhaltet, dass im Nachgang die Eltern einen Zuschuss über die Wirtschaftliche Jugendhilfe beantragen können. Dies bedeutet, dass Familien mit großem Einkommen nicht mehr Beiträge zahlen als Familien mit mittlerem Einkommen. Dafür bedarf es einer echten einkommensabhängigen Beitragsgliederung. Darüber hinaus müssen für den Antrag bei der Wirtschaftlichen Jugendhilfe zahlreiche Unterlagen eingereicht werden. Bisher ist der Antrag nur in deutscher Sprache auf der Homepage dargestellt. Der Gesamtelternbeirat sieht einen sehr hohen bürokratischen Aufwand und eine Hürde für die Familien, die oft sozial, kulturell, sprachlich, gesellschaftlich u. v. m. diesen Antrag nicht stellen können.

Herr Zabel (ver.di): Die Folgekosten wirken sich gegebenenfalls auf die Beschäftigungsbedingungen des Erziehungspersonals aus. Wenn die Eltern die Kinder später in die Früherziehung geben, wirkt sich dies auf die Entwicklung der Kinder potentiell aus (z. B. Sprachentwicklung, soziale Entwicklung und ggf. höherer Förderbedarf.). Ferner ist mit höheren Folgekosten z. B. beim Allgemeinen Sozialen Dienst zu rechnen.

Die Vorsitzende: Viele grundsätzliche Themen wurden angesprochen, die auf kommunaler Ebene nicht gelöst werden können. Der Flyer zur Wirtschaftlichen Jugendhilfe ist in einfacher deutscher Sprache gehalten, die Anspruchsberechtigten sollen weiterhin besser erreicht werden und es ist festzustellen, dass die Wirtschaftliche Jugendhilfe stärker in Anspruch genommen wird. Sollten Fragen für die Entscheidung im Gemeinderat offen sein, diese bitte so früh wie möglich schriftlich bei der Verwaltung einreichen. Nur, wenn eine Beschlussfassung im Oktober 2025 im Gemeinderat erfolgt, können die ersten Schritte ab

1. Januar 2026 umgesetzt werden. Angekündigte Änderungsanträge sind schnellstmöglich zu stellen. Ganz am Ende muss das Ziel eines genehmigungsfähigen Haushalts stehen. Wenn es zu einer Abmilderung der Vorlage kommt, bedarf es unbedingt an Einsparungen oder Mehrerträgen an einer anderen Stelle, die in der Entscheidung mitzuberücksichtigen und vorzuschlagen sind. Der Verwaltung ist es sehr schwergefallen, die Vorschläge für einen genehmigungsfähigen Haushalt zu unterbreiten. Kommunikation mit allen Beteiligten ist sehr wichtig. Jedoch ist es unabdingbar, die Familien nicht mit Informationen zu überfrachten, sondern nur das zu kommunizieren, was tatsächlich passieren wird. Die Einsparungen bei den Betreuungsentgelten werden für realistisch gehalten. Eine einkommensabhängige Beitragsstaffelung muss auch im Hinblick auf die dafür erforderlichen Personalressourcen und die vorgesehenen weiteren Einsparungen im Personalbereich gesehen werden. Hierzu wird im Arbeitsausschuss Jugendhilfeausschuss im Frühjahr 2026 ausführlich gesprochen. Auch wurde davon ausgegangen, dass mehr Menschen berechtigt sein werden, Beitragserstattungen über die Wirtschaftliche Jugendhilfe zu bekommen; 1,1 Millionen Euro sind eingeplant. Einkommensdaten der betroffenen Familien haben die Stadt Karlsruhe sowie die Träger nicht.

Frau Dasting (SJB): Die Haushaltssicherung und gleichzeitig auch die soziale Verantwortung zu gewährleisten, ist der Verwaltung ein großes Anliegen. Im Bereich der höheren Einkommensgrenzen wurde bereits in Kinder- und Familienzentren, bei Elternabenden, im Austausch mit den Trägern, etc. in die Werbung gegangen. Neu wird es eine Postkarte mit QR-Codes geben, und der Antrag wird sukzessive weiterentwickelt werden mit dem Ziel, einen Online-Antrag, der barrierefrei und in verschiedenen Sprachen ausfüllbar sein wird, zu erstellen. Für den Ansatz von 1,1 Millionen Euro für die Wirtschaftliche Jugendhilfe wurde Stand heute die Fallzahlensteigerung mitberücksichtigt. Der Geschwisterkinderzuschuss soll, wie in der Vorlage dargestellt, nach kompletter Streichung in einen „Kinderzuschuss“ geändert werden. Hierzu bedarf es dann nochmals einer Richtlinienänderung. Auf weitere Beispiele für die Berechnung der Wirtschaftlichen Jugendhilfe kann im Arbeitsausschuss Jugendhilfeausschuss näher eingegangen werden.

Frau König-Lemke (SJB): Die Träger und die Kitas leisten mit einem niedrighschwelligem Beratungsangebot gute Arbeit für die Antragstellung bei der Wirtschaftlichen Jugendhilfe.

Herr Stadtrat Bauer (GRÜNE): Im aktuellen Flyer der SJB zur Wirtschaftlichen Jugendhilfe stehen bereits Modellrechnungen; das könnte man auf Familien mit 3 und 4 Kindern ausweiten. Wie steht die Verwaltung zum Vorschlag von Herrn Stadtrat Bunk-Merkel (CDU), die Beschlussfassung der Vorlage zu splitten und zunächst die Änderungen zum 1. Januar 2026 zu beschließen? Das Land muss künftig in die Finanzierung der frühkindlichen Bildung mit einsteigen und die Hoffnung ist, dass es bis 2027 Landesfördermittel geben wird.

Frau König-Lemke: Die langwierigen Prozesse und Abstimmungserfordernisse mit den Trägern, um einheitliche Umsetzungen erzielen zu können, werden unterschätzt.

Die Vorsitzende: Die Frage von Herrn Stadtrat Bauer bitte schriftlich an das Dezernat 3 stellen, damit diese beantwortet werden kann. Wenn ein Änderungsantrag vom Gemeinderat entschieden wird, sieht sich die Verwaltung in der Verantwortung, dies umzusetzen. Die von Herrn Petersmann (GKK) angesprochene Sicherheit, Planbarkeit kann nicht versprochen werden, da die Beschlussfassung der Hoheit des Gemeinderates obliegt und

Beschlüsse nach 6 Monaten wieder geändert werden können. Der GKK wird zur nächsten Sitzung des Arbeitsausschusses Jugendhilfeausschuss eingeladen.

Beschluss: Der Jugendhilfeausschuss empfiehlt dem Gemeinderat *mehrheitlich bei zwei Gegenstimmen, einer Ja-Stimme und 20 Enthaltungen*, die Vorlage abzulehnen:

1. Der Geschwisterkinderzuschuss im Bereich der Kindertagesbetreuung der Sozial- und Jugendbehörde wird trägerübergreifend stufenweise bis 31. August 2027 reduziert. Ab 1. September 2027 wird kein Geschwisterkinderzuschuss mehr gewährt. Im Zuge dessen wird die einkommensabhängige Beitragsregelung der Stadt Karlsruhe zum 1. September 2027 ausgeweitet.
2. Die „Richtlinie der Stadt Karlsruhe zur Förderung von Kindertagesstätten und Kinderkrippen“ wird gemäß Anlage 1 zum 1. Januar 2026 neu gefasst.
3. Das gesamtstädtische Beitragsniveau wird, wie in Ziffer 2 der Anlage 2 dargestellt, angehoben. Die maximalen Erstkinderzuschüsse werden entsprechend Ziffer 3 der Anlage 2 angepasst.
4. Die monatlichen Benutzungsentgelte für die Betreuung in städtischen Kindertageseinrichtungen für alle Angebotsformen werden gemäß Anlage 3 erhöht.
5. Die Kostenbeiträge für die Kindertagespflege werden ab dem 1. Januar 2026 gemäß der Anlage 4 erhoben.

TOP 3: Karlsruher Pässe, Kinderpass Sachstand und niederschwellige Zugänge zu Leistungen für Familien sowie Haushaltssicherungsmaßnahmen
- Vorlage -

Frau Kiefer (stja) und Herr Fulda (SJB) führen in den TOP ein.

Herr Pfarrer Stoll (Diakonisches Werk) verlässt die Sitzung.

Frau Stadträtin Anlauf (GRÜNE): An dem Thema, dass Personen ohne Bonität kein ermäßigtes Deutschlandticket erhalten, wird die GRÜNE Fraktion dranhängen und ggf. an den KVV herantreten. Wie im Bericht dargestellt, sollte über den Sachstand der Veränderungen im Bereich BuT-Anträge, Auswirkungen beim Zoo/Badischen Konservatorium/Bäder in einem Jahr wieder berichtet werden.

Frau Stadträtin Kaufmann (DIE LINKE.): Inwiefern werden die Familien bei den BuT-Anträgen unterstützt und wie sind die aktuellen Bearbeitungszeiten? Bei der Beschlussfassung im Gemeinderat sollte über zwei getrennte Punkte abgestimmt werden: a) Kenntnisnahme über den Sachstand und die Weiterentwicklung und b) Beschluss über die Haushaltssicherungsmaßnahmen.

Frau Stadträtin Döring (KAL): Bezüglich der Haushaltsstabilisierungsmaßnahmen wird heute keine abschließende Position bezogen. Die Ausweitung des Kinderpasses für alle neugeborenen Kinder als Gutschein wird begrüßt.

Herr Stadtrat Kalmbach (FÜR): Die Einsparvorschläge können mitgetragen werden. Wie werden die Leistungen in der SozialRegion verrechnet?

Frau Kiefer (stja): Aktuelle Zahlen aus dem Bereich Bildung und Teilhabe (BuT) werden immer Ende des Jahres erhoben. Alle, die aus dem Bereich BuT eine Ablehnung erhalten haben, bekamen vom Stadtjugendausschuss Bescheinigungen für die Schülerbeförderung ausgestellt. Die Antragstellenden werden bei den Anträgen unterstützt und die Bearbeitungszeiten sind kurz. Die Abrechnung mit der SozialRegion erfolgt in einem vereinfachten Verfahren.

Die Vorsitzende: Für eine Änderung der Beschlussfassung im Gemeinderat ist ein Änderungsantrag zu stellen.

Beschluss: Der Jugendhilfeausschuss empfiehlt dem Gemeinderat *mehrheitlich bei sechs Enthaltungen und keiner Gegenstimme*, den aktuellen Sachstand der Karlsruher Pässe und des Kinderpasses zur Kenntnis zu nehmen und die Fortentwicklung der Karlsruher Pässe und des Kinderpasses in der dargestellten Form einschließlich der Verbesserungen im Bereich der Öffentlichkeitsarbeit mit der gezielten Ansprache der Familien sowie die enthaltenen Haushaltssicherungsmaßnahmen zu beschließen.

TOP 4 Erhöhung der Entgelte für die Verpflegung in den städtischen Kindertageseinrichtungen
- Vorlage -

Auf eine Einführung in den TOP wird einvernehmlich verzichtet.

Herr Stadtrat Bauer (GRÜNE): Wie hoch ist der Kostendeckungsgrad nach der Erhöhung?

Frau Dasting (SJB): Der Kostendeckungsgrad hängt von verschiedenen Faktoren ab und wird gerne nachgereicht.

Beschluss: Der Jugendhilfeausschuss empfiehlt dem Gemeinderat *mehrheitlich mit einer Gegenstimme und fünf Enthaltungen*, die Erhöhung der Entgelte für die Verpflegung in städtischen Kindertageseinrichtungen zum 1. Januar 2026 gemäß Tabelle 3 dieser Vorlage zu beschließen.

TOP 5 Aufnahme eines neuen Kita-Projektes in die Bedarfsplanung
- Vorlage -

Auf eine Einführung wird einvernehmlich verzichtet.

Herr Giemsch (Pro Liberis gGmbH/Lenitas gGmbH) verlässt den Sitzungstisch wegen Befangenheit.

Frau Stadträtin Dr. Sardarabady (GRÜNE): Nach welchen Aufnahmekriterien werden die Plätze verteilt und wie sind die Bedarfe in der Waldstadt? Wann wird die Aufnahme in die Bedarfsplanung des Kita Projektes Städtisches Klinikum im Jugendhilfeausschuss behandelt?

Frau Stadträtin Döring (KAL): Gibt es eine Möglichkeit, dass das Kita-Projekt Städtisches Klinikum dieses Jahr noch in die Bedarfsplanung aufgenommen wird? Beim Neubaugebiet August-Dosenbach-Straße wurden mit dem Neubaugebiet die Erwartung auf eine neue Kita geweckt, was nicht geschehen ist. Gibt es perspektivisch Ideen oder Planungen für neue Plätze?

Frau König-Lemke (SJB): In der Kita-Bedarfsplanung gibt es eine langfristige, eine mittelfristige und eine kurzfristige Planung mit Planungsgebieten. Die Aufnahme in die Bedarfsplanung wird dem Gemeinderat erst dann vorgelegt, wenn eine voraussichtliche Inbetriebnahme datiert werden kann.

Frau Merseburg (SJB): Generell gibt es ein festgelegtes Verfahren für die Aufnahme in die Bedarfsplanung im Sinne der Gleichbehandlung. Die Unterlagen des Städtischen Klinikums liegen vor und werden geprüft. In der Waldstadt besteht aufgrund des Fehlbedarfs im Ü3-Bereich dringender Handlungsbedarf. Entsprechend wird auch in allen Stadtteilen bedarfs- und ressourcenorientiert gehandelt. Bei der August-Dosenbach-Straße handelt es sich um einen Ersatzneubau und dies wurde von Verwaltungsseite auch so kommuniziert; bei Bedarf wird auch hier eine weitere Steuerung erfolgen.

Beschluss: Der Jugendhilfeausschuss empfiehlt dem Gemeinderat *einstimmig*, die Aufnahme eines neuen Kita-Projektes mit 10 Plätzen für Kinder unter drei Jahren sowie 40 Plätzen für Kinder von drei Jahren bis zum Schuleintritt in die Bedarfsplanung der Stadt Karlsruhe zu beschließen und die Erläuterungen zu zwei weiteren Einrichtungen zur Kenntnis zu nehmen.

TOP 6: Änderung in der Zusammensetzung des Arbeitsausschusses Jugendhilfeausschuss
- Vorlage -

Auf eine Einführung wird einvernehmlich verzichtet.

Herr Stadtrat Bunk-Merkel (CDU): Auf der Übersicht Zusammensetzung des Arbeitsausschusses Jugendhilfeausschuss ist der GKK nicht aufgeführt. Wird der GKK zur nächsten Sitzung Arbeitsausschuss Jugendhilfeausschuss eingeladen?

Frau Leßle (Dez. 3) und Frau Langeneckert (SJB): Der GKK wird und wurde stets bei Kita-Themen zum Arbeitsausschuss Jugendhilfeausschuss als Sachverständiger eingeladen.

Beschluss: Der Jugendhilfeausschuss wählt Frau Stadträtin Melis Schmid *einstimmig* anstelle von Frau Stadträtin Yvette Melchien zum Mitglied des Arbeitsausschusses Jugendhilfeausschuss.

TOP 7: Weiterentwicklung Fachstelle für Demokratie und Vielfalt - Lernort Stadion
- Vorlage -

Herr Melchien (stja) führt in den TOP ein.

Frau Stadträtin Anlauf (GRÜNE): Wichtig ist der GRÜNE-Fraktion, dass das Thema „Queer-Feindlichkeit“ in diesem Themenfeld Beachtung findet.

Beschluss: Der Jugendhilfeausschuss nimmt Kenntnis.

TOP 8: Auf den Anfang kommt es an – Kita-Zugang gerechter gestalten
- Stellungnahme zum Antrag -

Antragsteller*in: GRÜNE, SPD

Frau Stadträtin Dr. Sardarabady (GRÜNE): Nachfolgende Punkte sind für die GRÜNE-Fraktion nicht beantwortet:

1. Insgesamt der Umgang mit der von der GRÜNE-Fraktion im Antrag dargestellten Problematik. Statt auf die ungleiche Teilhabe an frühkindlicher Bildung einzugehen, zieht sich die Stellungnahme auf Absichtserklärungen und Ziele zurück. Auf unsere Begründung, dass gerade die Kinder aus sozial benachteiligten Familien und Kinder mit Sprachförderbedarf und besonderen Bedarfen, die von der frühkindlichen Bildung profitieren würden, seltener oder später einen Kita-Platz erhalten, wird in der Stellungnahme nicht eingegangen. Die GRÜNE-Fraktion sieht hier enormen Handlungs- und Verbesserungsbedarf sowie konkrete Aufgaben für Verwaltung und Politik in der Stadt Karlsruhe
2. Der Umgang mit der Forderung nach einheitlichen und objektiven Vergabekriterien und einer zentralen Vergabe der Kita-Plätze, wird damit erläutert, dass der Prozess zur Weiterentwicklung des Kita-Portals in Bearbeitung ist. Seit dem Jahr 2022 wird die Optimierung des Kita-Portals von der Politik gefordert. Die GRÜNE-Fraktion beantragt einen verbindlichen Zeitplan. Es wird um einen aktuellen Bericht zum Stand der Entwicklung und einen konkreten Termin für einen weiteren Arbeitsausschuss Jugendhilfeausschuss gebeten. Der Arbeitsausschuss im Frühjahr 2026 ist ja bereits für das Thema Kita-Finanzierung vorgesehen.
3. Die Forderung nach einer diskriminierungssensiblen Abfrage bei der Kita-Anmeldung wird von der Verwaltung als stigmatisierend abgelehnt. Nur wenn der tatsächliche Unterstützungsbedarf bekannt ist, können passgenaue Lösungsansätze entwickelt werden. In der Kita werden Sprachstandserhebungen durchgeführt. Was wird gemessen? Welche Schlussfolgerungen zieht man aus den Ergebnissen?
4. Die Forderung nach einer sozialindexbasierten Ressourcenzuweisung ist das Kernelement des Startchancenprogramms an Grundschulen. Die sozialindexbasierte Ressourcenzuweisung wird von der Verwaltung als stigmatisierend assoziiert. Wenn Kitas jedoch mit mehr Ressourcen ausgestattet werden, ist dies nicht stigmatisierend, sondern eine Verbesserung der Bildungsgerechtigkeit.

Es wurde von der Verwaltung mitgeteilt, dass es bereits einen runden Tisch „Chancengleichheit und frühe Bildung“ gibt. Da dieser den Fraktionen nicht bekannt ist, bittet die GRÜNE-Fraktion um Mitteilung des aktuellen Stands, die Themenangabe und welche Ergebnisse erzielt wurden.

Das Pilotprojekt „ViBi-Q“, gibt es seit 2024 für Kinder mit besonderen Unterstützungsbedarfen. Wie erfolgreich war die Umsetzung des Projektes bis zum Jahr 2025?

Wie soll der Modellversuch „MoVe In“ ab dem Jahr 2025/2026 zu einer gleichberechtigten Teilhabe beitragen?

Frau Stadträtin Schmid (SPD): Eine direkte Ansprache an die Menschen wird auch als Wertschätzung angesehen und die Verwaltung sollte mehr Mut und keine Angst vor Diskriminierung haben.

Frau König-Lemke (SJB): Bezüglich Sprachförderung werden auch im Hinblick auf die Finanzierung trägerübergreifende Qualitätsstandards entwickelt. Die Programme „SprachFit“ und „MoVe In“ des Landes unterstützen hierbei die Kommunen. Zu dem Programm „ViBi-Q“ gab es vor einigen Monaten eine Informationsvorlage, in der aufgeführt wurde, dass das Programm in der Pilotphase steht. Es soll ein System geschaffen werden, dass Bildungsgerechtigkeit und Zugänge erleichtert. An allen von der GRÜNE-Fraktion angesprochenen Themen arbeitet die Verwaltung. Die Sprachstandserhebungen werden im Zuge der U-Untersuchungen vom Gesundheitsamt durchgeführt. Bei dem Programm „SprachFit“ des Kultusministeriums sind passgenaue Lösungsansätze vorgesehen und dafür gilt es, Konzepte zu erstellen.

Frau Stadträtin Dr. Sardarabady (GRÜNE): Das Grundproblem ist die schlechtere Versorgungslage mit Kita-Plätzen für Kinder, deren Verkehrssprache nicht deutsch ist. In der Familienumfrage 2017 wird dies eindeutig festgestellt. Dies gilt auch für die Kinder mit besonderen Unterstützungsbedarfen. Die Ergebnisse in einem Jahr vorzustellen, ist der GRÜNE-Fraktion zu spät und es wird beantragt, dass das Thema vorrangig in einem Arbeitsausschuss Jugendhilfeausschuss behandelt wird.

Frau König-Lemke (SJB): Die Unterstützung und Förderung der Kinder ist durch Konzepte, Sprachförderkräfte und vieles mehr gegeben. Es gibt nur einzelne Kinder in Karlsruhe, die nicht in einer Kita gewesen sind. Für die Vergabekriterien der Kitaplatzvergabe steht die Verwaltung in enger Verbindung mit den Trägern, und die Festlegung der Kriterien ist bald abgeschlossen. Der Runde Tisch „Inklusion“ bezieht alle Kinder mit Bedarfen ein.

Die Vorsitzende: Der Wunsch nach einem möglichst gerechten Kita-Zugang eint Verwaltung und Politik. Dieses vielschichtige Thema sollte im Arbeitsausschuss Jugendhilfeausschuss beraten und mit der Trägerexpertise diskutiert werden. Ein verbindlicher Zeitplan kann jetzt nicht festgelegt werden, da momentan das Haushaltsthema vorrangig zu behandeln ist. Nach der Beschlussfassung des Haushalts im Dezember müssen die Prioritäten neu festgelegt werden.

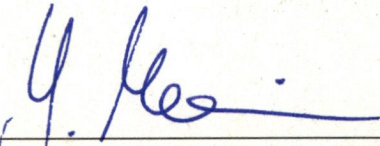
Beschluss: Der Antrag soll im Arbeitsausschuss Jugendhilfeausschuss im Jahr 2026 Behandlung finden.

Die Vorsitzende stellt die Nichtöffentlichkeit her.

Dem öffentlichen Teil der Sitzung folgt ein nicht öffentlicher Teil.

Karlsruhe, den 21. Oktober 2025

gesehen und genehmigt:



Yvette Melchien
Bürgermeisterin



22.12.25



Carmen Edler
Schriftführerin